

Herrn Landrat
Jens Böther
Landkreis Lüneburg
Auf dem Michaeliskloster 4

21335 Lüneburg

**SPD-Fraktion im Kreistag
des Landkreises Lüneburg**

Auf dem Meere 14
21335 Lüneburg
Telefon (04131) 39 05 74
Telefax (04131) 3 31 04
spd.ktf.lueneburg@t-online.de
Sprechzeit n. Vereinbarung

29. Juni 2020

Antrag zur Sitzung des Kreistages am 13. Juli 2020

Sehr geehrter Herr Landrat Böther,

zur o.g. Sitzung des Kreistages stellen wir folgenden Antrag:

Wasserstoff-Verbundregion Lüneburg

Die Verwaltung wird beauftragt:

- 1. Der Landkreis Lüneburg initiiert ein Wasserstoff-Verbundprojekt, mit dem eine Wertschöpfungskette von der Erzeugung grünen Wasserstoffs bis zum regionalen Verbrauch im Landkreis Lüneburg und den angrenzenden Regionen geschaffen wird.**
- 2. Dabei sind Kooperationen mit Partnern, wie zum Beispiel den Landkreisen Stade und Harburg und der Hansestadt Lüneburg anzustreben.**
- 3. Eine Hinzuziehung von externen Experten wird empfohlen. Dazu benötigte Haushaltsmittel sind umgehend im Ausschuss für Finanzen, Rechnungsprüfung, Personal und innere Angelegenheiten zu beraten.**
- 4. Zur Vorbereitung des Wasserstoff-Verbundprojekts (Punkt 1) sollen Gespräche mit der Firma GP Joule GmbH („eFarm-Projekt“ im Kreis Nordfriesland) geführt werden.**
- 5. Zeitnah ist zu prüfen, ob und wie durch eine kommunale Gesellschaft Nachhaltigkeit die Beschaffung und der Einsatz von klimaneutralen Bussen und anderen Fahrzeugen gestaltet werden kann.**
- 6. Ein Ziel ist es, die Förderinitiativen der Europäischen Union, des Bundes und des Landes Niedersachsen rechtzeitig in konkrete Projekte vor Ort umzusetzen; also von den Fördermitteln für einen klimaneutralen Landkreis zu profitieren.**
- 7. Dem Ausschuss für Mobilität sind erste Zwischenergebnisse der Prüfung im IV. Quartal 2020 darzustellen.**

Begründung:

Die gemeinsame Sitzung der Ausschüsse für Mobilität, Wirtschaft und Touristik sowie Erneuerbare Energien und Klimafolgenanpassung am 23. Juni 2020 hat verdeutlicht, dass die „Nutzung alternativer Antriebe, neue Mobilitätsangebote und Wasserstofftechnologien“ machbar sind.

Allerdings wurde deutlich, dass es für die Projekte erhebliche personelle und finanzielle Mittel sowie innovativer Organisationsformen bedarf. Allein eine erfolgversprechende Antragstellung für eine relevante Projektförderung ist Ressourcen intensiv.

Eine kommunale Gesellschaft Nachhaltigkeit erscheint eine mögliche Lösung zu sein. Es ist daher auf dem Hintergrund von erfolgreichen Projekten mit externem Sachverstand zu prüfen, welche Vor- und Nachteile mit einer solchen Lösung verbunden sind.

Das Wasserstoff-Verbundprojekt bietet sich im Landkreis Lüneburg an, da ausreichend Windenergie zur Verfügung steht. Die ersten Anlagen scheiden aus der EEG-Förderung aus. Sie können grundsätzlich in der Folgenutzung für die Erzeugung grünen Wasserstoffs genutzt werden. Auch neuere Anlagen werden zeitweise nicht zur Stromerzeugung eingesetzt, wenn der elektrische Energiebedarf im Netz gering ist. Auch diese Zeiten eröffnen ein Potential für eine Hydrolyse.

Die regionale Erzeugung grünen Wasserstoffs bedingt verlässliche Abnehmer. Gerade in einer Startphase sind die Kosten und die technische Zuverlässigkeit einer Nutzung von Wasserstoff noch nicht voll marktreif. Um aber einen Impuls für die Weiterentwicklung zu geben, ist die öffentliche Hand gefordert, einen Beitrag zu leisten. Dies sollte mit Augenmaß geschehen.

Zwischen Erzeugung und Verbrauch muss die logistische Wertschöpfungskette organisiert werden. Die Beteiligten müssen sich über Standards, Mengen und Preise verständigen. Als Vorbild könnte das Projekt „eFarm“ im Kreis Nordfriesland, Schleswig-Holstein, dienen.

Mit freundlichen Grüßen



Franz-Josef Kamp
Fraktionsvorsitzender